

Unterhält die Bundesrepublik Deutschland Schlägertrupps?

Recherche von Summarum von Roland Keller und Roger Hoeren, Sonntag, 23.06.2019,

Verschiedene Medien geben unterschiedliche Stellungnahmen ab dazu.

1) „Bild am Sonntag“ 23.6.2019:

Beleidigung, Bedrohung, Waffenbesitz: Neue Geheimdienstzahlen enthüllen, wie es um rechte Gewalt in Deutschland steht

Die Sicherheitsbehörden haben im vergangenen Jahr eine Zunahme rechter Gewalt in Deutschland registriert.

24.100 Menschen wurden im vergangenen Jahr als rechtsextrem eingestuft.

Das berichtet die „Bild am Sonntag“ unter Berufung auf den Jahresbericht 2018 des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV), der am Donnerstag vorgestellt werden soll. Im Jahr 2017 waren es 24.000. Knapp über 12.000 Rechtsextreme werden vom Verfassungsschutz als „gewaltorientiert“ eingestuft. Bei den Linksextremisten sind es dem Verfassungsschutz zufolge rund 9000.

Zu den Feindbildern der Rechtsextremisten gehören dem Bericht zufolge insbesondere Asylsuchende und Muslime, aber auch Politiker. Inhaltlich stehen laut dem Bericht die Themen „Überfremdung“ und ein vermeintlicher drohender Verlust der „nationalen Identität“ im Fokus.

2018 gab es sechs versuchte Tötungsdelikte, die als mutmaßlich rechtsextremistisch eingestuft werden.

Alle hatten einen fremdenfeindlichen Hintergrund, wie die „BamS“ unter Berufung auf den Verfassungsschutzbericht schreibt.

Die Zahl der rechtsextremen Gewalttaten stieg demnach auf **48 - nach 28** im Jahr 2017.

Sorgen machen Reichsbürger und Selbstverwalter

Antisemitismus sei weiterhin ein ideologisches Identifikationsmerkmal der Rechtsextremisten. Dem Jahresbericht zufolge gebe es einen „Anstieg von Volksverhetzung mit antisemitischen Motiven“.

Sorgen machen den Sicherheitsbehörden laut „BamS“ die sogenannten Reichsbürger und Selbstverwalter. „Reichsbürger“ lehnen die Bundesrepublik Deutschland ab und sind für das Fortbestehen des „Deutschen Reiches“.

Die „Selbstverwalter“ erklären ausdrücklich ihren „Austritt“ aus der Bundesrepublik. Der Verfassungsschutz stuft beide Gruppierungen als „staatsfeindlich“ ein.

Beleidigung, Bedrohung, Waffenbesitz

Bundesweit nimmt die Zahl der Reichsbürger und Selbstverwalter zu: 2017 wurden für beide Gruppen insgesamt 16.500 Mitglieder registriert, 2018 stieg die Zahl auf 19.000 Personen, von denen 950 auch als rechtsextrem eingestuft werden.

Reichsbürger und Selbstverwalter sind waffenaffin.

910 besaßen 2018 Waffenscheine oder Waffenbesitzkarten.

Sie fielen zudem durch zahlreiche Delikte auf:

Beleidigung, Bedrohung, Urkundenfälschung, Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte und illegaler Waffenbesitz.

Die Analyse der Verfassungsschützer der Zeitung zufolge: „Die anhaltend hohe verbale Aggression, sowie das immanente Gefährdungspotential erfordern auch zukünftig eine intensive Beobachtung.“

Kommentar Summarum Roland Keller:

Deutsche Regierung hetzt gegen die AfD

Die Zahl der rechtsextremen Gewalttaten stieg demnach auf **48 - nach 28** im Jahr 2017. Man kann sich der Nachrichtenlage zufolge nicht dem Eindruck entziehen, es würde sich um 480 oder gar 48000 „rechte Straftaten“ handeln. Es wird der Eindruck erweckt, die Strassen würden von SA-ähnlichen Horden brandschatzend, raubend und mordend durch die Deutschen Städte ziehen.

Reine Präventionspropaganda!

2) Zitat aus ZDF-Heute, 23.6.2019:

Die rechtsextremen Tendenzen in der Polizei beschäftigen die Innenminister der Länder ebenfalls. Auf der Innenministerkonferenz am vergangenen Mittwoch stand die Zuverlässigkeitsüberprüfung für Neubewerber bei der Polizei zur Diskussion. Niedersachsens Innenminister Boris Pistorius (SPD) sprach sich für eine Regelabfrage aus, „um diejenigen, die offensichtlich etwas auf dem Kerbholz haben, gar nicht erst in den Polizeidienst zu lassen“ [...]

Nun sollen wohl Polizei, BND und Verfassungsschutz auf Mitte gebracht werden, also weg von Links oder Rechts.

Die Verzerrung der Realität liegt nicht daran, dass es Rechtsextreme gibt, sondern auch dass es Linksautonome Gruppen gibt, deren Zahl weit über den Daten liegt, welche die deutsche Innenministerkonferenz bekannt gibt!

Nun meldete sich auch Altbundespräsident Joachim Gauck zu Wort:

In einem bemerkenswerten SPIEGEL-Interview stellte er seine Forderung nach einer „erweiterten Toleranz in Richtung rechts“. Nun hagelte es Kritik.

„Toleranz“, so Gauck, „sei auch eine Zumutung.“ *Denn sie bedeute „auszuhalten, was uns nicht gefällt. Und beispielsweise nicht jeden, der schwer konservativ ist, für eine Gefahr für die Demokratie zu halten und aus dem demokratischen Spiel am liebsten hinauszudrängen.“*

3) Dazu Roland Tichy in „Tichys Einblicke“ dem man Attribute „rechts“ oder gar „links“ wirklich nicht anhängen kann:

[...] *Der wissenschaftliche Dienst des Deutschen Bundestages* ⁽⁹⁾ *zitiert hierzu wenigstens explizit und umfangreich den deutschen Politikwissenschaftler und Extremismusforscher Rudolf van Hüllen:*

Roland Tichy [...] *„Verständlich, dass die linksextreme Klientel inzwischen die Chance erspürt hat, im Windschatten des terroristischen Rechtsextremismus die lästigen rechtsstaatlichen Sicherheitsbehörden auszupunkten.*

Über Linksextremismus nämlich darf auch in den Sicherheitsbehörden kaum noch geredet werden. Personal wird abgezogen, vorhandene Erkenntnisse werden stillschweigend gelöscht. Vergeblich weisen die Interessenvertretungen der Polizei auf die eskalierende linke Gewalt gegen die Beamten hin. Entsprechend selbstbewusst ist die militante Szene geworden.“ [...]

Roland Tichy: *Nun ist die dezentrale Organisation, das sich fallweise Zusammenrotten, ja gerade der Trick, mit dem aus einzelnen, kleinen Tätergruppen ein brutaler Mob wird, der wie in Hamburg eine Großstadt zum Schlachtfeld machen kann. Genau das, was die Antifa so gefährlich macht, und weshalb eben genau diese Tarn-Organisationsform gewählt wurde, wird jetzt als Entlastungsargument herangezogen.*

Geld vom Staat für Schlägertruppen

Dort wird nun darauf hingewiesen, dass offenbar verschiedene „Antifa“-Gruppen im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben“ aus dem Familienministerium gefördert wurden. Das ist ja schon einmal eine wichtige Erkenntnis – wir finanzieren mit unseren Steuergeldern Schlägertruppen, die etwa anlässlich des G20-Gipfels in Hamburg eine Schneise der Verwüstung durch die Stadt schlugen und alles daran gesetzt haben, um möglicherweise Polizisten zu töten.

Fassen wir zusammen: Für typisch „rechte“ Straftaten gibt es also einen Strafrechtskatalog, für „linke“ Straftaten nicht und deshalb gibt es per Definition keine linke Straftat? [...]

Diese Textausschnitte zeigen eines deutlich:

Der Staat unterhält seine Schlägertruppen so wie seinerzeit die Nazis ihre SA und die Kommunisten ihren Rote Frontkämpferbund (RFB). Unterschied: AntiFa ist nicht uniformiert. Sie ist unkenntlich, total in schwarz und vermummt.

Schon in den „Basler Liberalen Nachrichten“, Ausgabe vom 22. September 18/2018, „**Deutschland: Linker Mob, Rechter Mob, Hooligans, Kampfsportnetzwerke = Antifa?**“, stellten wir diese Frage:

**Hat der Staat ein Interesse daran, eine Gewalttruppe zu unterhalten, um sie im Notfall gegen die Bevölkerung einzusetzen?
Warum stoppt der Staat diese Gewalttäter nicht? Wer hat ein Interesse an diesen Gruppen? Deckt der Staat die Täter? Nutzt er sie gar?**

Heute muss man leider eindeutig „JA“ sagen. Auch demokratische Staaten leisten sich ihre RFB/SA-Schläger. Heute nennt man sie „AntiFa“.⁽⁹⁾

Wer es immer noch nicht begriffen hat:

FBI bestätigte, die US-AntiFa traf sich mit IS-Aktivisten beim G20-Gipfel in Hamburg ⁽⁸⁾

Am Sonntag, 23.06.2019, ging die Meldung durch die Presse:

... Der CDU-Politiker Friedrich Merz warnt seine Partei vor einem Abdriften der Sicherheitsorgane zur AfD. Auch sein privates Umfeld habe ihn bereits auf entsprechende Missstände hingewiesen.

Ja, es handelt sich um Missstände. Die Regierenden haben offensichtlich Angst, dass es gegen ihre Schlägertruppen geht! Den Deutschen Sicherheitsorganen geht es offensichtlich zu weit. Sie proben den Aufstand!

4) Sendung: hr-INFO, 19.06.2019, 13 Uhr

In einer ersten Version des Artikels hieß es, der hessische Verfassungsschutz habe die Akte über den Verdächtigten Stephan E. vernichtet. Tatsächlich löschte das Landesamt für Verfassungsschutz nach eigenen Angaben den Inhalt der Akte aus seinem Informationssystem. Die Akte selbst sei noch vorhanden, aber für die Ermittler nicht einsehbar. (hr-iNFO Wir haben den Beitrag entsprechend korrigiert.) ¹¹⁾

5) Exif-Recherche Update, 17. Juni 2019 – 18:30 Uhr

Wie die „**Autonome Antifa Freiburg**“ berichtet, spendete Stephan Ernst 150 Euro an die AfD. Die Wahlkampfspende im Jahr 2016 war für den besonders radikalen AfD-Landesverband Thüringen bestimmt. ¹⁰⁾

Bereits die Bemerkung „Die Akte selbst sei noch vorhanden, aber für die Ermittler nicht einsehbar“ und Freiburger AntiFa als Info-Quelle, werfen mehr Fragen auf als sie beantworten. Alles erinnert an den NSU-Fall (sogenannter National Sozialistischer Untergrund). Offensicht ist der Staat tief im Fall Lübcke verstrickt. Daten die aus dem Nachrichtendienstlichen Informationssystem (NADIS) des Verfassungsschutzes entfernt wurden lassen aufhorchen.

SUMMARUM heisst keine Gewalt, von welcher Seite auch immer, gut. Aber man muss dem Staat auf die Finger schauen. Auch der Rechtsstaat ist nicht vor Unrecht gefeit. Lang eingessene Politiker und Parteien neigen dazu Macht zu missbrauchen.

**„Ich fürchte mich nicht vor der Rückkehr
der Faschisten in der Maske der Faschisten,
sondern vor der Rückkehr der Faschisten
in der Maske der Demokraten.**

(Theodor W. Adorno, Vordenker der 68er)

Quellen:

Zitatenquellen:

<https://www.tichyseinblick.de/daili-es-sentials/antifa-nicht-extremistisch-weil-das-geld-vom-staat-kommt/>

(1) <http://autonome-antifa.org/?breve6194>

(2) <https://autonome-antifa.org/?mot2486>

(3) <https://linksunten.indymedia.org/en/node/209143>

(4) <https://linksunten.indymedia.org/de/node/209673>

(5) <https://linksunten.indymedia.org/g2017>

(6) <https://linksunten.indymedia.org/de/node/209101>

(7) <https://linksunten.indymedia.org/de/node/207412/>

Links 1-7 aus „Tichys Einblicke“

Links Summarum:

(8) <http://www.dailymail.co.uk/news/article-5018141/ISIS-connection-anarchists-revealed-Ed-Klein-book.html#ixzz4wuSpC6f6>

EXCLUSIVE: US left wing groups travelled to Germany for the G20 Summit last July to meet with Al Qaeda and ISIS leaders and plot the destruction of President Trump, secret FBI investigation reveals [...]

(9) <https://www.bundestag.de/resource/blob/557014/7e164d071a4a535dfb6bb4ef-dd5bca2c/wd-7-069-18-pdf-data.pdf>

10) <https://exif-recherche.org/?p=6218>

11) <https://www.hessenschau.de/politik/landtag/verfassungsschutz-akte-noch-da-aber-gesperrt,akte-stephan-e-100.html>